

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (EIZ)**



MEDIEN:

Das KAS-Medienprogramm Asien veranstaltete Ende September eine Führungskräftekonferenz für Medienvertreter in Yogyakarta, Indonesien.



POLITISCHER DIALOG:

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, besuchte in Begleitung der KAS-Landesbeauftragten im Oktober Peru und Brasilien.



DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE:

Ab 2013 werden Koranschullehrer im Rahmen eines Alumni-Programms der KAS in Indonesien zu den Themen Demokratie und Menschenrechte gezielt und intensiv gefördert.



UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK:

Die juristischen Herausforderungen des Klimawandels waren Thema zweier Konferenzen, die das KAS-Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika mit der Universität Stellenbosch ausgerichtetete.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Europapolitik
- Seite 6
Politischer Dialog
- Seite 10
Umwelt-, Klima- und Energiepolitik
- Seite 12
KAS-Panorama
- Seite 14
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 16
Demokratie und Entwicklung
- Seite 18
Medien
- Seite 20
Rechtsstaat
- Seite 21
Werte- und Religionsdialog
- Seite 22
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 24
Neuerscheinungen

MIT MEHR SOLIDARITÄT AUS DER KRISE

Am 25. September veranstaltete das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Kolloquium zum Thema „Strategien für ein nachhaltiges Wachstum im südlichen Europa – Beispiel Griechenland“.

In seiner Begrüßungsrede betonte der Stiftungsvorsitzende Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a. D., dass die Wirtschaftskrise in Griechenland auch eine Vertrauenskrise wäre. Vertrauen müsse neu aufgebaut werden, sowohl zu den übrigen EU-Mitgliedstaaten, als auch zwischen den griechischen Bürgern und ihrer Regierung. Zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands und der übrigen von der Schuldenkrise betroffenen Staaten müssten schmerzliche, aber notwendige Sparmaßnahmen und Strukturereformen durchgeführt werden.

Dr. Pöttering MdEP ermahnte jedoch auch die übrigen EU-Länder zur Solidarität: Sie hätten

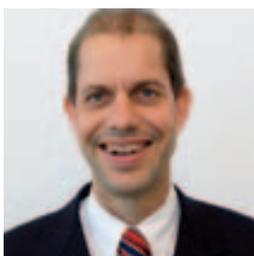


die Pflicht, Athen bei seinen Bemühungen zu unterstützen. Nicht nur die Rettung Griechenlands, sondern auch das Schicksal des Euros stehe auf dem Spiel. Der Stiftungsvorsitzende zeigte sich optimistisch, was die Bewältigung der Krise angeht, und schloss mit einem Zitat Adenauers: „Wenn alle den Glauben verloren haben, dann fängt die Arbeit erst richtig an.“

> Fortsetzung auf Seite 3

V.l.: Der griechische Innenminister Dr. Evripidis Stylianidis, der Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmertum, Antonio Tajani, und der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



Europa = Krise. Argumente für diese einfache Gleichung lassen sich schnell finden: Die Stabilität der Eurozone ist seit 2010 erschüttert, es fehlt in vielen EU-Ländern an Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus ist das Vertrauen in die Europäische Union bei vielen Bürgern zunehmender Skepsis gewichen. Diese Themen beherrschen in der Tat seit Monaten die öffentliche Debatte in Europa und stellen riesige Herausforderungen für die europäischen Regierungen dar. Drei Gedanken dürfen bei dieser Feststellung jedoch nicht außer Acht gelassen werden.

Erstens: Europa lässt sich nicht auf die momentanen Schwierigkeiten der Eurozone reduzieren. Europa ist viel mehr als eine Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist vor allem eine Wertegemeinschaft, die den Europäern seit mehr als 60 Jahren Frieden, Freiheit und Wohlstand auf dem Kontinent sichert. Für ihre Verdienste um Versöhnung und Integration hat die EU in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhalten. Es ist ein historisches Zeichen internationaler Anerkennung! Als größtes multilaterales Friedensprojekt in der Welt kann die Europäische Union auf ihre Bilanz stolz sein. Die EU bleibt zudem der größte Wirtschaftsraum der Erde und viele andere europäische Errungenschaften wie z. B. demokratische politische Strukturen, freie Medien, Umweltnormen, dienen als Anregungen für positive Entwicklungen in anderen Regionen der Welt.

Zweitens: Die aktuelle Lage bietet den Mitgliedstaaten die einmalige Gelegenheit, die vorhandenen Konstruktionsfehler und Schwächen im europäischen System im Grundsatz zu beheben. Schuldenabbau, Strukturreformen, Ankurbelung des Wachstums, eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken sowie klare demokratische Prozesse in den EU-Institutionen – die Mittel gegen die Krise sind klar. Wenn alle Länder in diesen Kernbereichen konkrete Fortschritte erzielen, wird Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Drittens: Die Außensicht zeigt uns ganz deutlich, dass die EU eine Schicksalsgemeinschaft ist, denn die europäischen Nationalstaaten spielen nur noch eine untergeordnete Rolle auf der Weltbühne. Die Entwicklung Europas als internationaler Akteur, u. a. durch die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, stellt daher eine wichtige Aufgabe für alle Mitgliedstaaten dar. Als exportorientierte Nation ist Deutschland sich zudem darüber im Klaren, dass die Europäer ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihren Wohlstand am besten verteidigen können, wenn sie noch stärker zusammenrücken und ihre Normen weltweit einbringen.

Europa ist nicht gleich Krise. Es lohnt sich, gemeinsam an einem stärkeren Europa zu arbeiten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung macht sich in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern dafür stark und bezieht Vertreter anderer Kontinente in die Diskussion mit ein. Die vorliegende Ausgabe von KAS International ist dem Schwerpunkt Europa gewidmet und präsentiert einige Projekte der Stiftung in diesem Bereich. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Berlin, im November 2012

Gerhard Wahlers
Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Stefan Friedrich
(Gesamtkoordination)
■ Silke David
■ Isabel Peter

■ Dr. Céline-Agathe Caro
(Europapolitik)

■ Gisela Elsner
(Rechtsstaat)

■ Dr. Stefan Friedrich
(Medien; Werte und
Religionsdialog)

■ Sebastian Barnet Fuchs
(Demokratie und Entwicklung)

■ David Gregosz
(Wirtschafts-
und Sozialordnung)

■ Dr. Christian Hübner
(Umwelt-, Klima- und
Energiepolitik)

■ Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)

Kontakt über:

Vorname.Nachname@kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner 
klimaneutral
gedruckt

Zertifikatsnummer:
10033-1211-1006
www.climatepartner.com



Der Griechenlandbeauftragte der Bundeskanzlerin, Hans-Joachim Fuchtel (links), bei einem seiner Besuche in Griechenland gemeinsam mit Ministerpräsident Andonis Samaras und der Leiterin des KAS-Auslandsbüros in Athen, Susanna Vogt. Die offizielle Eröffnung des Büros erfolgt am 19. Dezember 2012.

SCHWERPUNKTTHEMA ■

KAS-INTERVIEW

Im Juni 2009 konstituierte sich in Athen die „Deutsch-Griechische Versammlung“ (DGV). Wir haben mit dem Beauftragten der DGV, Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer Staatssekretär im BM für Arbeit und Soziales, über seine Aufgabe gesprochen.

Wären Sie so freundlich, unseren Lesern zunächst kurz Funktionsweise und Aufgabe der DGV zu erklären?

Die DGV ist eine fast geniale Erfindung. Zurückgehend auf eine Vereinbarung zwischen Bundeskanzlerin und griechischem Ministerpräsidenten ist sie ein organisiertes Netzwerk auf konsensualer Grundlage mit flexiblen Anpassungsmechanismen und Platz für Kreativzonen. Mal was Neues in der Politik. Das Rückgrat bilden Bürgermeister, Landräte, Gouverneure beider Länder unter Einbeziehung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Sie haben Griechenland jetzt mehrfach besucht.

Wo sehen Sie Griechenland heute? Was sind die größten Herausforderungen?

Es ist eine Zeit großer Umstellungen, die den einzelnen Menschen sehr viel abverlangt. Da der Nutzen für den Einzelnen oft nicht sofort erkennbar ist und Umsetzungsprozesse bekanntlich Zeit benötigen, ist häufig eine gewisse Verunsicherung festzustellen. Der Glaube an die eigene Kraft – der muss sich wieder aufbauen. Das ist für jedes Volk in einer solchen Lage eine riesige Herausforderung.

Neben der KAS sind auch andere Politische Stiftungen seit Mitte des Jahres wieder in Griechenland aktiv.

Welche Rolle können Politischen Stiftungen spielen?

Die klassische Rolle der Gestaltung von Dialog. Miteinander statt übereinander reden ist angesagt, und wer kann das besser als unsere Stiftungen? Konkret heißt das: Organisierte Weitergabe von Know-how mit Akteuren aus allen Bereichen der Gesellschaft in Form von Seminaren, Konferenzen, Weiterbildungsangeboten, Experteneinsätzen. Wir müssen die ganze Klaviatur mit dem Ziel einsetzen, den Reformprozess zu unterstützen. In solchen Krisenzeiten wird erkannt, was Stiftungen leisten können.

Wie steht es um das deutsch-griechische Verhältnis?

Nichts ist überzeugender als die Tat. Die praktische Arbeit der DGV zeigt, wie es tatsächlich um das Verhältnis steht. Partnerschaftliches Miteinander auf der Basis lange bestehender Freundschaft, das lassen wir uns nicht kaputt machen. Durch die DGV kommen gute Erfahrungen, erfolgreiche Lösungsmöglichkeiten sowie Instrumente zur Umsetzung in das gemeinsame Spektrum. Die Kommunen in Deutschland sind wahre Schatzkisten. Diese Schätze in Zeiten der Krise in Europa als Know-how-Brücke zu nutzen, bringt vielfältige Amortisation für die Menschen, die Städte und Gemeinden, für Europa. Es ist nicht nur der Euro, es geht um den Zusammenhalt Europas, stabile Außengrenzen, Erhalt der Freizügigkeit und vieles mehr, was Europa so wertvoll macht.

MIT MEHR SOLIDARITÄT AUS DER KRISE

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Positive Worte für Griechenland fand auch EU-Kommissar Antonio Tajani. Sein Besuch in Athen im Mai habe ihm gezeigt, dass die Krise gemeistert werden könne. Tajani nannte eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung. So müsse beispielsweise der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zum Kapitalmarkt erleichtert werden.

Griechenland, so der EU-Kommissar abschließend, verfüge über großes Potenzial im Bereich des Dienstleistungssektors und hier vor allem der Tourismusindustrie. Nun gelte es, brachliegende Reserven zu nutzen, neue Kundensegmente zu erschließen und innovative Projekte zu entwickeln. Wenn dies geschehe, könne nicht nur Griechenland, sondern die gesamte EU profitieren.

Im letzten Vortrag des Abends entwarf der griechische Innenminister Dr. Evripidis Stylianidis ein Panorama der derzeitigen Situation in seinem Heimatland. Die Bilanz der ersten Monate der Regierung Samaras könne sich durchaus sehen lassen. Innerhalb kürzester Zeit seien Maßnahmen getroffen worden, welche den Staat verschlankt, Verfahren vereinfacht und die Marktwirtschaft gefördert hätten.

Abschließend appellierte Dr. Stylianidis an die Solidarität der übrigen EU-Mitgliedstaaten. Ein Scheitern der Rettung Griechenlands wäre ein fatales Signal für die Sicherheit, die Stabilität und das Wachstum Europas. Die Zukunft der EU hänge nicht nur von der kurzfristigen Lösung der Wirtschaftskrise ab, sondern müsse den globalen Herausforderungen Rechnung tragen. Die Antwort könne daher nur lauten: Mehr Europa und mehr Solidarität.

■ EUROPAPOLITIK

DIE POTENZIALE DES BINNENMARKTS ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

Die KAS hat den 20. Jahrestag des europäischen Binnenmarktes zum Anlass genommen, mit der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 15. Oktober 2012 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wachstum durch Integration in Europa – Die Potenziale des Binnenmarkts zur Überwindung der Krise“ in Berlin zu organisieren. Vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise in der Eurozone stand folgende Frage im Zentrum der Debatten: In welchen Bereichen kann eine weitere Vertiefung des Binnenmarkts Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in der EU fördern?



V.l.n.r.: Dr. Gerhard Wahlers (stv. Generalsekretär der KAS), Lutz Goebel (Präsident, Die Familienunternehmer-ASU e.V.), David Frost (britisches Wirtschaftsministerium), Prof. Dr. Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft), Dr. Andreas Schwab MdEP, Dr. Claire Demesmay (DGAP), Matthias Petschke (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland), Claudia Dörr (Bundesministerium für Wirtschaft), Dr. Céline-Agathe Caro (Koordinatorin Europapolitik der KAS)

Die hochrangigen Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass der Binnenmarkt zum europäischen Alltag gehört und dass er in den letzten 20 Jahren wesentlich zu den positiven Wachstumsergebnissen der Mitgliedstaaten beigetragen hat. Das volle Potenzial des Binnenmarkts kann jedoch nur ausgeschöpft werden, wenn dieser als Daueraufgabe betrachtet und das Vertrauen der Bürger gesteigert wird. Vor allem die Bereiche digitale Wirtschaft, Verkehrs- und Energienetze, Mobilität der Bürger sowie soziales Unternehmertum wurden in diesem Zusammenhang diskutiert.



„WOHIN STEUERT EUROPA?“

Im Rahmen eines Japanaufenthalts des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder organisierte das KAS-Auslandsbüro Japan mit der Universität Osaka am 8. August 2012 eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Wohin steuert Europa?“. Neben Kauder nahmen der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder MdB, der Deutsche Botschafter in Japan, Dr. Volker Stanzel, und der ehem. Botschafter Japans in Berlin, Prof. Dr. Takahiro Shinyo, teil. Der Fraktionsvorsitzende analysierte die aktuellen Herausforderungen und Perspektiven für den europäischen Integrationsprozess aus Sicht der Unionsfraktion und bekräftigte deren Unterstützung für Europa als Projekt einer gemeinsamen Zukunft. Europas Aufgabe müsse es sein, aus der jetzigen Krise stärker hervorzugehen als es in diese hineingeraten war. Hierzu sei die aktuell von der deutschen Bundesregierung befürwortete Politik zielführend: „Erfolg kommt nur durch Leistung“. Die Veranstaltung wurde von über 100 Teilnehmern aus dem Einzugsgebiet Osaka und Kyoto besucht.

ROLAND KOCH DISKUTIERT IN MALAYSIA ÜBER EUROPA UND DIE EUROKRISE

Im Rahmen eines Kurzbesuches in Malaysia sprach Roland Koch, Vorstandsvorsitzender von Bilfinger Berger und Ministerpräsident a. D., auf einer KAS-Diskussionsveranstaltung am 20. September über die aktuelle Entwicklung in Europa und die Hintergründe für die Eurokrise. Mit Bezug auf die historischen Erfahrungen und die geistlich-philosophischen Fundamente Europas bewertete er die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses als eine Frage von Krieg und Frieden. Die Eurokrise wird in Malaysia mit Sorge wahrgenommen, umso größer war das Interesse bei den Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an der Diskussion.



Roland Koch, Vorstandsvorsitzender von Bilfinger Berger und Ministerpräsident a. D.

V.l.n.r.: Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, Jörg Wolff, Leiter des KAS-Regionalprogramms Soziale Ordnungspolitik in Asien (SOPAS) und des Auslandsbüros in Japan, Philipp Mißfelder MdB, außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion



Journalisten-Workshop in Athen

Freundschaft in der Krise – Das neue KAS-Auslandsbüro in Athen hat 16 junge Journalisten aus Griechenland und Deutschland zu einem ersten gemeinsamen Workshop eingeladen. In gemischten Zweier-Teams recherchierten sie, was Griechenland im Herbst 2012 bewegt. Alle Geschichten werden auf dieser Website [multimedial erzählt: www.dialoger.eu](http://www.dialoger.eu) – für einen neuen deutsch-griechischen Dialog.



EUROPAPOLITIK ■

Der marokkanische Premierminister Abdelilah Benkirane lobte das Engagement der KAS.

DIE EU-MAROKKO-BEZIEHUNGEN

IM LICHT DER TRANSITIONSPROZESSE IN DER ARABISCHEN WELT

Anlässlich des Besuchs des Vorsitzenden der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, und des stv. Generalsekretärs, Dr. Gerhard Wahlers, in Marokko fand am 18. und 19. Juni 2012 unter der Schirmherrschaft S.M. König Mohammed VI. ein internationales Fachkolloquium zu den europäisch-marokkanischen Beziehungen statt.

Dr. Pöttering MdEP sprach zum Status quo der europäisch-marokkanischen Beziehungen. Der ehemalige Vorsitzende des Europäischen Parlaments verwies auf die Bedeutung der EU als Wertegemeinschaft. Er betonte das gemeinsame Wertefundament des christlich geprägten Europas und des islamisch geprägten Marokkos, zu dem Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Frieden und Solidarität gezählt werden können.

Ferner forderte er dazu auf, die erreichten Errungenschaften im Bereich der Demokratisierung, Modernisierung und Stärkung der Zivilgesellschaft nachhaltig zu etablieren. Die künftige Zusammenarbeit zwischen der EU und Marokko müsse auf dem Grundsatz der Toleranz sowie auf der Grundlage wertebasierter, gemeinsamer Interessen beruhen. Klare Worte fand der EU-Parlamentarier für die Herausforderungen der marokkanischen Politik in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Religion.

Die Überraschung des Abends war die unerwartete Konferenzteilnahme des marokkanischen Regierungschefs und Generalsekretärs der gemäßigt islamistischen PJD (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), Abdelilah Benkirane, der spontan das Wort ergriff.

XIX. FORUM BRASILIEN-EUROPA 2012

Bereits zum 19. Mal fand am 29. und 30. August das Forum Brasilien-Europa, diesmal zum Thema Migration im 21. Jahrhundert, in Brasília statt. Politiker und Experten beider Länder, u. a. die Bundestagsabgeordneten Peter Weiß, Axel Knoerig und Willi Zylajew (alle CDU) diskutierten die Ursachen und Auswirkungen heutiger Migrationsbewegungen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Themen **Bildungssystem** und **Fachkräftemangel**. Die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte wird mindestens mittelfristig für den produzierenden Sektor in Brasilien von großer Bedeutung sein, bis das Bildungssystem so weit reformiert ist, dass es genügend junge Leute mit entsprechender Berufsqualifikation gibt.

Diskutiert wurde ebenfalls über die Auswirkungen des Klimawandels auf Migration und den Umgang mit Flüchtlingen aus Krisengebieten sowie über das Thema des grenzüberschreitenden Menschenhandels.



Eröffnungspanel des XIX. Forums Brasilien-Europa im Nationalkongress

Die Konferenz wurde von der KAS in Kooperation mit der Brasilianisch-Europäischen Parlamentariergruppe des brasilianischen Nationalkongresses und der staatlichen Universität von Brasília sowie mit Unterstützung der EU-Delegation in Brasilien ausgerichtet.

Der politische Dialog dient dem Meinungs­austausch sowie der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

■ POLITISCHER DIALOG



V.l.: Der peruanische Staatspräsident Ollanta Humala, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, Dr. Andreas Schockenhoff MdB und Prof. Monika Grütters MdB

VOLKER KAUDER ZU BESUCH IN LATEINAMERIKA

In Begleitung der jeweiligen KAS-Landesbeauftragten besuchte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Volker Kauder, zusammen mit seinen Fraktionskollegen Prof. Monika Grütters und Dr. Andreas Schockenhoff im Oktober Peru und Brasilien. Im Mittelpunkt standen vor allem der politische, wirtschaftliche und kulturelle Austausch zwischen der Region und Deutschland, in Brasilien mit besonderem Hinblick auf das von Mai 2013 bis Mai 2014 stattfindende Deutschlandjahr.

Die Delegation traf sich in Peru unter anderem mit Staatspräsident Ollanta Humala, wobei vor allem Stipendienprogramme und der Wissenschaftsaustausch zwischen Deutschland und Peru Thema waren. Zudem fand ein Treffen mit einem Kreis von Wirtschaftsexperten statt, bei dem die Entwicklung Perus

und die Chancen für deutsche mittelständische Unternehmen in dem Andenland erörtert wurden.

In der Hauptstadt Brasiliens fanden unter anderem Treffen mit Vizepräsident Michel Temer, Außenminister Antonio Patriota und Finanzminister Guido Mantega statt. Auch hier kamen die Beziehungen Brasiliens zu Deutschland im Hinblick auf Stipendienprogramme für Studierende und den Wissenschaftsdialog zur Sprache. In Rio de Janeiro, der Austragungsstadt der kommenden Olympischen Sommerspiele, erkundigten sich die Abgeordneten über den Stand der Vorbereitungen und der Stadtentwicklung, besonders im Hinblick auf die Sicherheit und die soziale Entwicklung in den Armenvierteln. Über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland informierte sich die Delegation bei einem Expertentreffen.



GELDWÄSCHE UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Die Mitglieder des zentralamerikanischen Think Tank-Netzwerks La Red und die KAS präsentierten am 29. August 2012 in Guatemala-Stadt das neue Policy Paper zum Thema Auswirkungen der Geldwäsche auf die regionale Sicherheit. Die elf Institute aus fünf Ländern geben hierin einen Überblick über die Situation in Zentralamerika und empfehlen u. a. eine stärkere Zusammenarbeit sowie eine Harmonisierung der Gesetzgebung in der Region. Nach der Auftaktveranstaltung in Guatemala folgen Vorstellungen und Diskussionsrunden in Honduras, Costa Rica, Nicaragua und El Salvador.



V.l.n.r.: ODCA-Vorsitzender Senator Jorge Ocejo, PAN-Mexiko, Patricio Aylwin, ehem. chilenischer Staatspräsident, und Senator Ignacio Walker, Vorsitzender der PDC in Chile

CHRISTDEMOKRATIE IN LATEINAMERIKA

Anlässlich des 65. Jahrestages der Gründung des Verbandes Christlich-Demokratischer Parteien Amerikas (ODCA) wurde im Rahmen eines internationalen Kongresses am 1. September 2012 der Beitrag der Christdemokratie zur demokratischen Entwicklung in Lateinamerika diskutiert. Höhepunkt war die Auszeichnung verdienter lateinamerikanischer Persönlichkeiten durch die ODCA, darunter der inzwischen 93-jährige ehemalige chilenische Staatspräsident Patricio Aylwin Azócar, der seine Auszeichnung unter „standing ovations“ persönlich entgegennahm.



POLITISCHER DIALOG ■

Der Zugang zu Bildung, sozialer Grundversorgung und eindeutige Arbeitsrechte sind in Costa Rica die Schlüssel zu einer vertieften Integration von Migranten.

VERANSTALTUNGSREIHE: „MIGRATIONSWEGE IN COSTA RICA“

In Zusammenarbeit mit dem costa-ricanischen Amt für Migration und weiteren Organisationen erstellte die KAS Materialien in vier verschiedenen Bereichen, die für die Integration von Migranten wichtig sind. In der Hoffnung auf ein besseres Leben kommen besonders viele Einwanderer aus dem Nachbarland Nicaragua nach Costa Rica. Diese sind oftmals nur ungenügend auf ihren Aufenthalt in Costa Rica vorbereitet, obwohl sie mittlerweile einen unverzichtbaren Anteil an der Erwerbstätigenbevölkerung haben. Mit Hilfe der Materialien, die im Rahmen einer Veranstaltungsreihe im Juni und Juli vorgestellt wurden, können sich Migranten über Aufenthalts- und Arbeitsrechte sowie den Zugang zu Bildung und dem Gesundheitswesen informieren.

Sitz des kongolesischen Parlaments in Kinshasa



FACHKONFERENZ ZU REFORMEN DES KONGOLESISCHEN PARTEIENGESETZES

Die KAS arbeitet mit demokratischen Parteien und Experten an der Förderung demokratischer Strukturen im kongolesischen Parteiensystem. Dieses hat sich seit dem Beginn der demokratischen Öffnung im Jahr 2002 rasant entwickelt: Mittlerweile werben mehr als 440 registrierte Parteien um politische Mandate. Trotz dieser Pluralität existieren noch viele Probleme, deren Lösung die KAS in Kooperation mit dem kongolesischen Innenministerium und der amerikanischen Nichtregierungsorganisation National Democratic Institute (NDI) am 25. und 26. September eine Fachkonferenz widmete. Mitglieder von 40 verschiedenen Parteien, Vertreter der Zivilgesellschaft, Regierungsbeamte und Juristen diskutierten Reformvorschläge für das Parteiengesetz, die im November dem Parlament präsentiert wurden.

TUNESIEN NACH DER REVOLUTION: AUFTRAG DEMOKRATIE!

Die dreißigjährige Präsenz der KAS in Tunesien war der Anlass für das politische Dialogprogramm, das der stv. Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers (rechts im



Gespräch mit Mohamed Saleh El Hedri, dem Präsidenten der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), vom 19. bis 21. September 2012 in Tunis absolvierte. Die aktuelle politische Situation sowie die Arbeiten am Verfassungsentwurf standen im Fokus der Gespräche. Unter anderem traf er dabei den ehemaligen Erziehungsminister und Ehrenpräsidenten des Arabischen Instituts für Menschenrechte, Taieb Baccouche, sowie Parlamentarier, Journalisten und Vertreter unterschiedlicher Parteien. Zudem hielt Dr. Wahlers einen Vortrag zur internationalen Zusammenarbeit der Stiftung angesichts der Umbrüche in Nordafrika.

UGANDA FEIERT 50 JAHRE UNABHÄNGIGKEIT

In Kampala widmete die KAS in Kooperation mit der „Interparty Youth Platform“

Ugandas Erlangung der Unabhängigkeit am 9. Oktober 1962 eine Konferenz zum Thema:

„50 Jahre Unabhängigkeit – Errungenschaften und Zukunftsfragen

aus der Sicht politischer Nachwuchskräfte“. Die Konferenz bot jungen politischen Führungspersönlichkeiten die Gelegenheit, nicht nur zurück zu blicken, sondern auch Ideen für eine demokratische, aufstrebende Zukunft Ugandas vor den anwesenden Politikern, Wissenschaftlern, Repräsentanten von Zivilgesellschaft und Medien sowie weiteren hochrangigen Gästen zum Ausdruck zu bringen.



Vertreter der Interparty Youth Platform (IYOP) mit Dr. Angelika Klein, Leiterin des KAS-Büros Uganda

■ POLITISCHER DIALOG



KONRAD ADENAUER SCHOOL FOR YOUNG POLITICIANS

Im Rahmen der „Konrad Adenauer School for Young Politicians“ (KASYP) fand in Singapur im Juni 2012 ein Workshop zum Thema „Wahlen und Wahlkampagnen politischer Parteien“ statt. Es war der dritte Workshop mit der Gruppe, die im März 2011 das Trainingsprogramm begonnen hatte und sich aus Teilnehmern aus Pakistan, Indien, Myanmar, Thailand, Kambodscha, Indonesien, den Philippinen und der Republik Korea zusammensetzt. Neben Vorträgen zur Rolle von Wahlen und Parteien in demokratischen Systemen trainierten die Teilnehmer in praktischen Übungen die Planung von Wahlkämpfen und die Organisation von Wahlkampagnen. Unter anderem wurden sie angeleitet von Dr. Mario Vogt MdL, der als Generalsekretär der CDU-Thüringen viel praktische Erfahrung bei der erfolgreichen Wahlkampforganisation hat.



Junge Politiker aus Asien haben in einem Workshop geübt, wie Wahlkämpfe geplant und organisiert werden.

SICHERHEITSDIALOG IN MALAYSIA ERFOLGREICH ETABLIERT

Das Thema Sicherheitspolitik als traditioneller Schwerpunkt der KAS-Auslandstätigkeit wurde im Rahmen eines Seminars am 25. und 26. Juni 2012 in Kuala Lumpur auch in Malaysia eingeführt. Die von der KAS gemeinsam mit dem Institute for Strategic and International Studies Malaysia (ISIS) ausgerichete Veranstaltung mit ca. 30 Experten war der erste Schritt, deutsche und malaysische Experten aus Militär, Regierung, Parlament und der Wissenschaft regelmäßig zusammenzubringen.

V.l.: General a.D. Klaus Naumann, ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, Admiral Tan Sri Mohd Anwar Hj Mohd Nor, ehem. Chief of Armed Forces, Datuk Abdul Majif Khan, ehem. Botschafter Malaysias in China



„Der Akademische Austausch im Globalisierungszeitalter – Wissens- und Wissenschaftspolitik“

Die KAS-Auslandsbüros Peking und Shanghai thematisierten die Rolle der KAS-Stipendiaten als politische Mittler und Brückenbauer. In vielfältigen Seminaren und Fachgesprächen diskutierten einheimische Talente mit deutschen Nachwuchswissenschaftlern z. B. die Frage, wie die beiden Länder einen größeren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten können und welche Rolle die chinesische Währung künftig auf den internationalen Finanzmärkten spielen wird.

Rat und Hilfe für die Wiedervereinigung

Hochrangige deutsche Politiker und Experten besuchten auf Einladung des Auslandsbüros Korea das geteilte Land und berichteten auf verschiedenen Veranstaltungen von ihren operativen Erfahrungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Im September erläuterte Generalleutnant a.D. Werner von Scheven vor 500 Hörern die Integration der NVA in die Bundeswehr.

Parteienfinanzierung in Deutschland und Thailand

Vor mehr als 50 thailändischen Politikern verschiedener Parteien erläuterte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Michael Fuchs MdB, die Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik. Er betonte, dass der größte Teil aus der staatlichen Finanzierung kommt und damit eine weitgehende Transparenz und Gleichbehandlung hergestellt sei. Zudem gebe es strikte Regeln, was private Spenden an politische Parteien betrifft. Die Parteienfinanzierung in Thailand speist sich dagegen ausschließlich aus privaten Quellen, womit dem Einfluss von Geldgebern auf die Politik Tür und Tor geöffnet sind. Ferner wurde das Phänomen des Stimmenkaufs wiederholt als eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu einer funktionierenden Demokratie bezeichnet.

„NATO IN A CHANGING WORLD: IMPLICATIONS FOR JAPAN“

Die KAS führte vom 24. bis 28. Juli 2012 in Tokyo, Kyoto und Osaka ein sicherheitspolitisches Dialogprogramm durch. Von deutscher Seite nahmen

(v.r.n.l.) Dr. Karl A. Lamers MdB und Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Dr. Karl-Heinz Kamp, Forschungsdirektor am NATO Defense College, und Michael Rühle vom NATO-Hauptquartier in Brüssel teil. In Gesprächen mit hochrangigen japanischen Diplomaten und Experten diskutierten sie aktuelle Entwicklungen der NATO und der regionalen Sicherheitspolitik.



89-09 Momente, die die Welt bewegten

Im Jahr 1989 fiel der Eisener Vorhang. Bereits im Sommer 1989 öffnete Ungarn die Grenze zum Westen für viele DDR-Bürger. Dieser Bildband dokumentiert eindrucksvoll den Grenzdurchbruch im Rahmen des Paneuropäischen Picknicks am 19.8.1989 in Sopron/Ungarn.

Der Grenzdurchbruch bei Sopron – Weg nach Europa

Im August 2009 veranstaltete das Auslandsbüro Ungarn der KAS eine internationale Konferenz über das Paneuropäische Picknick am 19.8.1989 in Sopron/Ungarn. Die daraus entstandene Publikation protokolliert die Beiträge der 30 Referenten.

Sarah Al Dorani (RAND), Kalid Al Haribi (Tawasul), Dr. Guido Steinberg (Stiftung Wissenschaft und Politik) und Stephen Brannon (Silatech) im Gespräch über „Stakeholder Engagement“ und „Impact Measurement“



Michael Stübgen MdB, Leiter der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf dem Symposium in Sopron

POLITISCHER DIALOG ■

INTERNATIONALES SYMPOSIUM ZUM HISTORISCHEN GRENZDURCHBRUCH IN SOPRON



Im Juli 2012 fand in Sopron (Ungarn) mit weit mehr als 250 Teilnehmern aus 25 europäischen Ländern das internationale Symposium der KAS und der Fidesz-Jugend mit dem Titel „Der Grenzdurchbruch bei Sopron – Auftakt zur Vollendung Europas“ statt.

Ziel der Veranstaltung war es, die Ereignisse um das Paneuropäische Picknick am 19.8.1989 sowie den

dortigen Grenzdurchbruch zu würdigen und gerade jüngeren Generationen erfahrbar zu machen. In diesem Kontext wurden auch die Bücher „Momente, die die Welt bewegten“ (Kaiser/Lobenwein) und „Der Grenzdurchbruch bei Sopron – Weg nach Europa“ (Kaiser) vorgestellt, die beide über die KAS Ungarn zu beziehen sind.

Im Rahmen des Symposiums debattierten u.a. Michael Stübgen MdB, József Szájer MdEP und Gergely Gulyás MdUP über den aktuellen Stand der deutsch-ungarischen Beziehungen.



ZWEITER REGIONALER THINK TANK-DIALOG IN DEN GOLF-STAATEN

Think Tanks aus der Golfregion kamen am 7. Juli 2012 zum zweiten Mal im südomanischen Salalah zur „AFKAR“-Konferenz (arab.: „Ideen“) zusammen, um ihre Rolle in politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu reflektieren. Das Projekt hat die Stärkung der Effizienz und der Bedeutung von Forschungseinrichtungen in der Golfregion zum Ziel. Bestehende Strukturen sollen ausgebaut und die Zusammenarbeit mit diversen Interessengruppen gefördert werden.

AFKAR2 weckte das Interesse zahlreicher Experten, Forscher und Intellektueller aus verschiedenen Think Tanks und politischen Forschungszentren in der gesamten Golfregion.



ANDREAS SCHOCKENHOFF IN JORDANIEN UND ISRAEL

Am 9. Oktober 2012 besuchte der stv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Andreas Schockenhoff MdB (oben in der Bildmitte neben Pater Nabil Haddad), das Haschemitische Königreich Jordanien. Im Zuge der Reise traf er sich mit dem jordanischen Außenminister, Sicherheitsexperten sowie Vertretern von Flüchtlingshilfswerken und der Zivilgesellschaft. Im Mittelpunkt standen Jordanien Beziehungen zu Deutschland und der EU, der Konflikt in Syrien sowie die zunehmende Stärke islamistischer Gruppierungen im Königreich. Die Gefahr der radikalen Islamisierung der Region war auch ein Thema in Israel, das Dr. Schockenhoff am Folgetag bereiste. Dort nahm er an einer Konferenz der KAS und des Interdisciplinary Center Herzliya teil und beriet sich mit israelischen Experten über nicht-militärische Wege, Irans Atomprogramm zu stoppen.

V.l.: Botschafter Rubens Ricupero, Brasilien, und Hans-Hartwig Blomeier, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Uruguay sowie des Regionalprogramms „Parteienförderung und Demokratie in Lateinamerika“



■ UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

UMWELTFORUM „CONSERVAR LO BUENO PARA MEJORAR LA VIDA“

Im Juni fand das erste Umweltforum „Conservar lo bueno para mejorar la vida“ statt, das von der Konservativen Partei Kolumbiens (PCC) mit Unterstützung der KAS durchgeführt wurde. Die PCC gilt als erste Partei Kolumbiens, die das Thema Umweltschutz auf ihre Fahnen geschrieben hat. Auf der Veranstaltung wurden die Herausforderungen für die Umweltpolitik in Kolumbien sowie die Beziehung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und das Engagement der PCC in diesen Themen nochmals bekräftigt. An dem Forum nahmen neben Vertretern der verschiedenen Sektoren auch der Präsident der PCC, Efraín Cepeda, teil sowie der Umweltpolizist und chilenische Abgeordnete Patricio Vallespín.



V.l.: Patricio Vallespín, Abgeordneter des chilenischen Parlaments, Dr. Hubert Gehring, ab August Repräsentant der KAS in Kolumbien, und der scheidende Vertreter der Stiftung in diesem Land, Prof. Dr. Stefan Jost

URUGUAY UND DIE „RIO+20“-KONFERENZ

Im Vorfeld der „Rio+20“-Konferenz der Vereinten Nationen führte das KAS-Auslandsbüro Uruguay in Kooperation mit dem Uruguayischen Rat für Internationale Beziehungen CURI (Consejo Uruguayo para las Relaciones Internacionales) und der Agrarhandels- und Produktionskammer des Landes im Mai eine Diskussionsveranstaltung durch. Hintergrund war die Analyse möglicher Implikationen, die sich aus der Rio-Konferenz für Uruguay ergeben könnten.

Den zentralen Vortrag hielt der ehemalige brasilianische Umwelt- und Finanzminister sowie ehemalige UNCTAD-Generalsekretär, Botschafter Rubens Ricupero, der in Brasilien Mitglied des Beirates der ehemaligen Umweltminister und entscheidend an der Vorbereitung des Gipfels beteiligt ist. Seine Ausführungen wurden anschließend in einem Panel vom Wirtschaftsprofessor Marcelo Caffera, dem Abgeordneten Gerardo Amarilla (Umweltausschuss) und dem Berater des Umweltministeriums Paul Moizo diskutiert.

KLIMAWANDEL – HERAUSFORDERUNGEN IN SÜDOSTEUROPA

KONFERENZ DES RECHTSSTAATSPROGRAMMS SÜDOSTEUROPA

Das Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa der KAS veranstaltete im September 2012 in Bukarest eine Regionalkonferenz unter Mitwirkung von Experten aus 15 Ländern zum Thema „Climate Change-Challenges in South East Europe“. Ziel der Konferenz war die Förderung des Austausches von Erfahrungen und guten Praktiken im Bereich Klimawandel und Umweltrecht in Südosteuropa zwischen relevanten Akteuren auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene. Zu den knapp 100 Teilnehmern zählten Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, staatlichen Einrichtungen sowie Wissenschaftlern aus der Region und aus Westeuropa. Dank der Berichterstattung der örtlichen Medien rückte zudem das Thema Klimawandel in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.



Prof. Dr. Lucka Kajfez-Bogataj, (Universität von Ljubljana, Slowenien), Dr. Johannes Dietrich (Deutsche Botschaft Bukarest), Thorsten Geissler (Leiter des Rechtsstaatsprogramms in Südosteuropa) sowie Pier Carlo Sandei (Umweltprogramm der Vereinten Nationen)



Die Teilnehmer der beiden Konferenzen in Stellenbosch kamen aus Afrika, Südamerika und Asien.

UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK ■

KLIMAWANDEL UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Das Rechtsstaatsprogramm der KAS für Subsahara-Afrika und die juristische Fakultät der Universität Stellenbosch veranstalteten gemeinsam im September 2012 in Südafrika zwei internationale Konferenzen über die juristischen Herausforderungen des Klimawandels. Das Thema der ersten Konferenz war „Climate Change and Global Governance“, das der zweiten „Climate Change, Legal Responses and Global Responsibility“. Die Konferenzen beschäftigten sich mit den Auswirkungen des Klimawandels und der Notwendigkeit eines internationalen Klimarechtsregimes. Nach einer Ansprache durch den ehem. Obersten Richter von Mauritius, Ariranga Pillay, Vorsitzender des UN-Rates für Soziale, Wirtschaftliche und Kulturelle Rechte, gab es eine Vielzahl verschiedenster Fachvorträge, die anschließend von führenden Wissenschaftlern, Politikern und Richtern, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die bevorstehenden Klimaverhandlungen in Doha, Qatar (COP18) diskutiert wurden.

PARTEIENBERATUNG IM SCHWERPUNKTBEREICH UMWELT

PHILIPPINEN

50 führende Vertreter der Centrist Democratic Party of the Philippines (CDP) und der ihr nahestehenden PDP-Laban trafen sich auf Einladung der KAS im Oktober 2012 in Tagaytay nahe Manila zu einem Workshop, um über ihre umweltpolitischen Positionen zu diskutieren. Im Rahmen der Diskussionen, für die auch der ehem. Staatssekretär in Thüringen, Prof. Dr. Christian Juckenack von der Universität Erfurt, gewonnen werden konnte, wurden die gegenwärtigen und anstehenden Herausforderungen der Umweltpolitik thematisiert. In der CDP, die bereits ein umfangreiches umweltpolitisches Kapitel in ihrem Parteiprogramm hat, wurde eine Expertengruppe beauftragt, ein umweltpolitisches Aktionsprogramm zu erarbeiten, in dem u. a. Leitlinien für die Wahlprogramme der CDP bei den Kommunalwahlen im Mai 2013 enthalten sein sollen.



Rejene Lakibul, CDP-Umweltexperte aus Cebu, präsentiert die umweltpolitischen Positionen der CDP.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Tansania: Herausforderungen des Klimawandels

Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Umso wichtiger ist es, diese mit möglichst vielen verschiedenen Akteuren anzugehen. Wer wäre als Multiplikator besser geeignet als religiöse Gruppen, die ihren Mitgliedern Werte und Verantwortung vermitteln können? Aus diesem Grund fand bereits Anfang 2012 ein Interfaith-Dialog zum Thema „Die Bewahrung der Schöpfung und Herausforderungen des Klimawandels“ statt, bei dem es um Klimawandel und seine negativen Folgen für die Menschen ging – und wie man diese mindern könnte. Im August 2012 lud der Inter-Religious Council for Peace Tanzania (IRCPT) in Zusammenarbeit mit dem KAS-Auslandsbüro Tansania zu einem Nachtreffen ein. Wieder kamen Vertreter unterschiedlicher religiöser Gruppen zusammen, um sich über die vielversprechenden Fortschritte auszutauschen. Dadurch konnten der angestoßene interreligiöse Dialog weiter gestärkt sowie neue Pläne für zukünftige Programme entwickelt werden.



V.l.: Prof. Dr. Christian Juckenack (Universität Erfurt und ehem. Staatssekretär in Thüringen), Bun Narith (Ministerium für Industrie, Bergbau und Energie), Denis Schrey (Leiter des Auslandsbüros der KAS in Kambodscha), Ung Soeun (Climate Change Policy, NGO Forum)

KAMBODSCHA

Zur Entwicklung und Stärkung programmatischer Inhalte politischer Parteien im Umwelt- und Energiebereich organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kambodscha ebenfalls mit inhaltlicher Unterstützung von Prof. Dr. Christian Juckenack ein Training für kambodschanische Parteien. Ziel des Trainings war es, das Bewusstsein der Parteien für umwelt- und energiepolitische Themen zu wecken und konkrete erste Vorschläge für die Positionierung der Parteien in diesen Themenfeldern zu erarbeiten. Für 2013 sind weitere Vertiefungstrainings geplant.

Ausgewählte Veranstaltungen

■ KAS-PANORAMA

LATEINAMERIKA

4 **Diálogos sobre el Bienestar: soziale Netzwerke und zivilgesellschaftliches Engagement**

San José/Costa Rica,
6. Dezember 2012

1 **Neue internationale Agenda Internationales Seminar mit ODCA**

Mexico, D.F., 7. Dezember 2012

10 **2. Treffen des Netzwerkes „Zukunft der Christdemokratie in Lateinamerika“**

Santiago de Chile,
8. – 9. Januar 2013

5 **Kolumbianisch-venezolanische Tagung zum Verfassungsrecht**

Caracas, 29. – 30. Januar 2013

8 **I. Konferenz unternehmerischer Nachwuchskräfte aus Deutschland und Lateinamerika**

Internationale Konferenz
Lima, 28. Februar – 1. März 2013

13 **Die Bedeutung politischer Parteien für die demokratische Entwicklung**

Regionalkonferenzen mit
Nachwuchspolitikern

Patagonien, 19. – 23. März 2012

EUROPA UND
NORDAMERIKA

41 **Griechenland: Der unbekannte Nachbar – Streifzüge durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft**

Expertenworkshop
Berlin/Athen,
10. – 13. Dezember 2012

41 **Offizielle Eröffnung des Auslandsbüros in Griechenland**

mit dem griechischen Ministerpräsidenten Samaras und dem Vorsitzenden der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Athen, 19. Dezember 2012

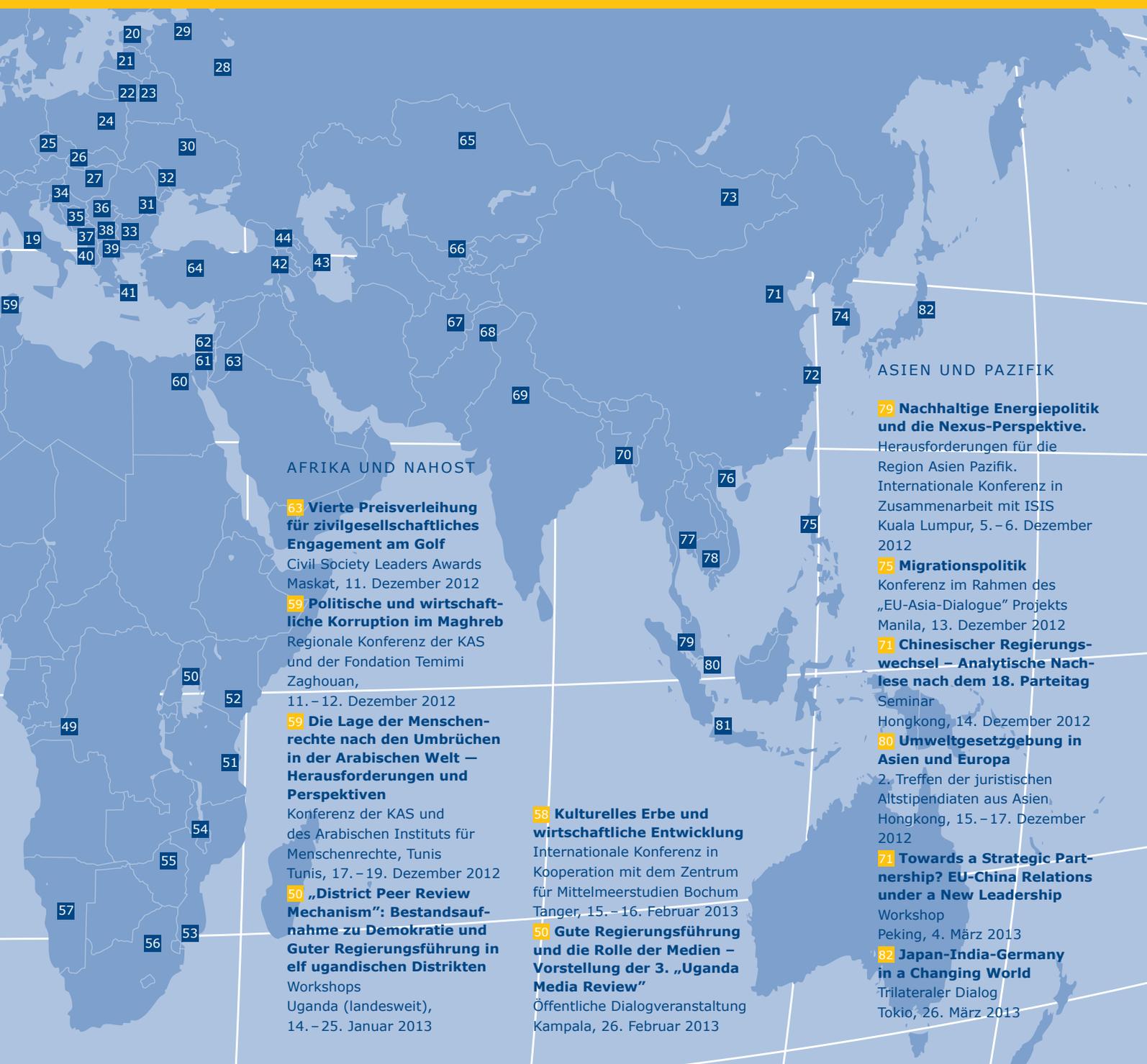
15 **German-Oxford-Forum zur Förderung des Austauschs von Abgeordneten, Experten und Nachwuchskräften aus den EU-Mitgliedstaaten**

Oxford, 18. Januar 2013

15 **Deutsch-Britischer Sicherheitsdialog**

Workshop
Berlin, 18. Februar 2013

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** **1** Mexiko, Mexiko-Stadt **2** Guatemala, Guatemala-Stadt (Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika) **7** Ecuador, Quito **8** Peru, Lima **9** Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigene) **12** Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie) **13** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigene) **18** Spanien, Madrid **19** Italien, Rom **20** Estland, Tallinn **21** Lettland, Riga **22** Litauen, Vilnius **23** Weißrussland, Bürositz: Vilnius **24** Polen, Warschau **30** Ukraine, Kiew **31** Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) **32** Republik Moldau, Chişinău **33** Bulgarien, Sofia **38** Kosovo, Pristina **39** Republik Mazedonien, Skopje **40** Albanien, Tirana **41** Griechenland, Athen **42** Armenien, Eriwan **43** Aserbaidschan, Baku **44** Georgien, Tiflis (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) **48** Nigeria, Abuja **49** DR Kongo, Kinshasa **50** Uganda, Kampala **51** Tansania, Dar es Salaam **52** Kenia, Nairobi **53** Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) **57** Namibia, Windhuk | **NORDAFRIKA/NAHOST** **58** Marokko, Rabat **59** Tunesien, Tunis **PAZIFIK** **65** Kasachstan, Astana **66** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) **67** Afghanistan, Kabul **68** Pakistan, Islamabad **74** Republik Korea, Seoul **75** Philippinen, Manila **76** Vietnam, Hanoi **77** Thailand, Bangkok **78** Kambodscha, Phnom Penh **79** Malaysia, Kuala Lumpur **80** Singapur, Singapur (Regionale Soziale Ordnungspolitik Asien)



Guatemala-Stadt | **3** Honduras, Tegucigalpa | **4** Costa Rica, San José | **5** Venezuela, Caracas | **6** Kolumbien, Bogotá (Auslandsbüro und regionales Regionalprogramm Medien) | **10** Chile, Santiago de Chile | **11** Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) | **12** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | **EUROPA UND NORDAMERIKA** | **14** USA, Washington | **15** Großbritannien, London | **16** Belgien, Brüssel (Europabüro) | **17** Frankreich, Paris | **18** Deutschland, Berlin (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | **19** Italien, Rom (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | **20** Schweden, Stockholm | **21** Dänemark, Kopenhagen | **22** Norwegen, Oslo | **23** Österreich, Wien | **24** Tschechische Republik, Prag | **25** Slowakische Republik, Bratislava | **26** Ungarn, Budapest | **27** Rumänien, Bukarest | **28** **29** Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg | **30** Polen, Warschau (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | **31** Griechenland, Athen | **32** Türkei, Ankara | **33** Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) | **34** Kroatien, Zagreb | **35** Bosnien und Herzegowina, Sarajevo | **36** Serbien, Belgrad | **37** Montenegro, Podgorica | **38** Albanien, Tirana | **39** Armenien, Jerewan | **40** Aserbaidschan, Baku | **41** Israel, Jerusalem | **42** Libanon, Beirut | **43** Syrien, Damaskus | **44** Jordanien, Amman | **45** Senegal, Dakar | **46** Ghana, Accra | **47** Benin, Cotonou | **48** Nigeria, Abuja | **49** Äthiopien, Addis Abeba (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) | **50** Mosambik, Maputo | **51** Malawi, Lilongwe | **52** Simbabwe, Harare | **53** Botswana, Gaborone | **54** Namibia, Windhoek | **55** Republik Tunesien, Tunis | **56** Ägypten, Kairo | **57** Libyen, Tripoli | **58** Palästinensische Gebiete, Ramallah | **59** Indien, Neu Delhi (Auslandsbüro und Regionalprojekt SAARC) | **60** Pakistan, Islamabad | **61** Bangladesch, Dhaka | **62** Sri Lanka, Colombo | **63** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | **64** Philippinen, Manila | **65** Thailand, Bangkok | **66** Vietnam, Hanoi | **67** Laos, Vientiane | **68** Kambodscha, Phnom Penh | **69** Myanmar, Nay Pyi Taw | **70** VR China, Peking und Shanghai | **71** **72** VR China, Peking und Shanghai | **73** Mongolei, Ulan Bator | **74** Korea, Seoul | **75** Japan, Tokio (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | **76** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | **77** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | **78** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | **79** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | **80** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | **81** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | **82** Japan, Tokio (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien)



V.l.n.r.: Petter Nore (Oil for Development Programme, Norwegen), Dr. Ezra Suruma (Finanzminister a. D. und Wirtschaftsberater des ugandischen Präsidenten), Ernest Rubondo (Ugandisches Energieministerium), Ely Karuhanga (Direktor von Tullow Oil) und Dickens Kamugisha (Africa Institute for Energy Governance)

ERDÖLPRODUKTION IN EINER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT:

PERSPEKTIVEN FÜR UGANDA

Seit in Uganda Öl gefunden wurde, stellt sich die Frage, wie mit den Öleinnahmen umgegangen werden soll – ob der „Ölfaktor“ sich als Segen oder vielmehr als Nachteil für die Entwicklung des Landes erweisen werde. Die KAS ging dieser Frage nach und organisierte hierzu – gemeinsam mit der ugandischen Handelskammer – am 13. September eine Konferenz in Kampala. Anerkannte Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft äußerten sich zu den Möglichkeiten und Chancen, aber auch zu den Gefahren, die die Einkünfte aus der Erdöl-Produktion für Uganda bedeuten könnten – in ökonomischer wie in sozialer Hinsicht.

Als Beispiel eines nachhaltigen und sozial verantwortungsvollen Umgangs mit Ressourcen brachte Petter Nore, Direktor des norwegischen „Oil for Development“-Programms, die Erfolgsgeschichte seines

Landes ein und erläuterte die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Dr. Ezra Suruma, Berater des ugandischen Präsidenten in Wirtschaftsfragen und ehemaliger Finanzminister, nahm den Impuls auf und schlug u. a. die Einrichtung eines „Uganda Petroleum Wealth Funds“ vor, über dessen Verwendung die ugandische Bevölkerung entscheiden sollte. Nach einer angeregten Diskussion mit weiteren Entscheidungsträgern kam abschließend Handelsministerin Amelia Kyambadde zu Wort. Sie nannte die Hürden, die Uganda überwinden müsse, um das Ölgeschäft mit einem sozialmarktwirtschaftlichen Rahmen zu versehen – beispielsweise die weit verbreitete Korruption und mangelnde Infrastruktur im Land. Mit dem allseitigen Aufruf, „den Worten Taten folgen zu lassen“, endete die Konferenz, nicht aber der Dialog, der im kommenden Jahr fortgesetzt werden soll.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE WÄHRUNGSUNION

STRATEGIEN ZUR BEKÄMPFUNG DER EURO-KRISE

In einem von dem KAS-Auslandsbüro in Peking organisierten Fachgespräch diskutierte Hartmut Koschyk MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, am 28. Mai 2012 mit Wirtschaftswissenschaftlern und Doktoranden der Central University of Finance and Economics (Peking) über Möglichkeiten der chinesisch-europäischen Zusammenarbeit im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise. Koschyk plädierte für Transparenz, verbindliche Regeln und Überwachungsinstrumentarien für die Finanzstabilität beider Länder und betonte die Wichtigkeit nachhaltigen Wachstums unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte. Der Internationalisierung des Renminbi sprach er dabei große Chancen zu, sich langfristig positiv auf die Stabilisierung der Weltwirtschaft auszuwirken. Die jungen chinesischen Akademiker stellten kritische und differenzierte Fragen zu kulturellen Komponenten finanzmarktwirtschaftlichen Handelns und sprachen sich hoffnungsvoll für eine Intensivierung chinesisch-europäischer Wirtschaftskooperationen aus.



Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk MdB mit Wirtschaftswissenschaftlern und Doktoranden der Central University of Finance and Economics sowie Mitarbeitern des KAS-Auslandsbüros in Peking

JUNGE UNTERNEHMER IM POST-REVOLUTIONÄREN TUNESIEN

Neben politischen und sozialen Problemen stellte die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere junger Diplomierter und Hochschulabsolventen, eine der Hauptursachen für die Revolution in Tunesien dar. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem durch private Unternehmer ist daher eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Transition des Landes. In Zusammenarbeit mit dem SIFE-Programm des tunesischen Jungunternehmerverbandes CJD veranstaltete die KAS am 4. Juli 2012 einen Workshop unter dem Motto „Ich bin jung, und ich bin Unternehmer“, der darauf abzielte, eine Kultur des Unternehmertums unter jungen Studierenden zu fördern und sie zu ermutigen, sich als Unternehmer zu engagieren. Neben der Erarbeitung konkreter Geschäftspläne stand die Präsentation von Fördermöglichkeiten für private Initiativen im Zentrum der Maßnahme.

MARKTWIRTSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN IN ASIEN

Das KAS-Auslandsbüro Japan veranstaltete im Rahmen des Regionalprogramms SOPAS im September 2012 subregionale Workshops in Bangkok, Tokio und Delhi zum Thema Marktwirtschaftliche Herausforderungen in Asien. Diese wurden in enger Zusammenarbeit mit einer Project Lead Group unter Leitung des ehem. Vize-Präsidenten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Prof. Rolf J. Langhammer, bestehend aus Prof. André Schmidt (Universität Witten/Herdecke) sowie Prof. Suthiphand Chirathivat und Prof. Charit Tingsabhad (Chulalongkorn Universität) organisiert. Daran nahm jeweils eine Auswahl hochrangiger wirtschafts- und ordnungspolitischer Experten aus der betreffenden Subregion teil.

Die Workshopreihe ist der Beginn eines überjährig angelegten Projekts zur vergleichenden Analyse der marktwirtschaftlichen Systeme und ordnungspolitischen Herausforderungen in Asien. Die ganztägigen Veranstaltungen wurden jeweils durch Vorträge der Project Lead Group zu Beschaffenheit und Zielen des Projekts sowie den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Ordnung gemäß den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eingeleitet, die dann durch die lokalen Experten kommentiert und ergänzt wurden. Im Anschluss präsentierten die Workshopteilnehmer die aktuellen marktwirtschaftlichen Herausforderungen in ihrem eigenen Land und diskutierten gemeinsam über die weiteren Schritte im Gesamtprojekt. Die Teilnehmer kamen aus Kambodscha, Singapur, Vietnam, Indonesien, Thailand, Malaysia, Hong Kong, China, Japan, Südkorea, Indien, Bangladesh, Nepal und Sri Lanka. Das Bild zeigt die Diskussionen des nordostasiatischen Workshops in Tokyo.

WACHSTUM FÜR ALLE

GEMEINSAME HERAUSFORDERUNG FÜR ASIEN UND DIE EUROPÄISCHE UNION



V.l.n.r.: Dr. Soedradjad Djiwandono (S. Rajaratnam School of International Studies, Singapur), Dr. Maria Socorro G. Bautista (Asian Development Bank, Manila), Dr. Howard Loewen (University of Nottingham, Kuala Lumpur), Botschafter Michel Filhol (Asia Europe Foundation, Singapur), Dr. Françoise Nicolas (Institut Français des Relations Internationales, Paris)

Am 12. und 13. September fand in Vientiane, der Hauptstadt der Volksrepublik Laos, der 14. Ostasien – EU Think Tank-Dialog statt. In Vientiane kamen Anfang November auch die Regierungschefs aus Asien und Europa zum ASEM-Gipfel (Asia-Europe-Meeting) zusammen. Der Analyse der biregionalen Beziehungen vor dem ASEM-Gipfel war daher ein erster Teil des Think Tank-Dialogs gewidmet. Die Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen in Europa auf das Verhältnis zu Asien spielten dabei eine besondere Rolle. Der größere

Teil des Dialogs konzentrierte sich auf die gemeinsame Herausforderung, in beiden Kontinenten wirtschaftliches Wachstum und soziale Integration in Einklang zu bringen.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

NACHHALTIGES WACHSTUM UND FINANZSTABILITÄT

Welche Lehren lassen sich aus aktuellen und vorherigen Wirtschafts- und Finanzkrisen ziehen? Wie können oder müssen unsere ordnungspolitischen Vorstellungen und Ideale in Anbetracht eines sich rasant ändernden ökonomischen Umfeldes neu definiert werden? Welche Modelle und Prinzipien als Grundlage einer sozialen Ordnungspolitik ermöglichen nachhaltiges Wachstum und eine wirtschaftlich und sozial umfassende Integration unserer Gesellschaft? Vor dem Hintergrund dieser Fragen veranstaltete das Regionalprogramm SOPAS am 02. Oktober 2012 ein hochrangiges internationales



Symposium zum Thema „Sustainable Growth – Financial Stability: Current Lessons for Social and Economic Governance“, an dem eine außergewöhnliche Vielzahl internationaler Experten aus der gesamten Region teilnahmen.

In drei Sessions und einer Paneldiskussion erörterten die Referenten mögliche Gemeinsamkeiten der vergangenen Wirtschafts- und Finanzkrisen, die Konzepte verschiedener ordnungspolitischer Modelle – darunter der Sozialen Marktwirtschaft – und stellten die Frage nach einer Definition für „Good Social and Economic Governance“ zur Erreichung nachhaltigen Wachstums in einer globalisierten Welt. Zu den 190 Teilnehmern gehörten Dr. Michael Meister (2.v.r.), stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rajat Kathuria, CEO des Indian Council for Research on International Economic Relations (1.v.l.), Awang Adek bin Hussin, stv. Finanzminister Malaysias (1.v.r.), der stv. japanische Finanzminister Takehiko Nakao (2.v.l.), Minister Jong-Tae Choi, Economic and Social Development Commission, Korea, Prof. Fan Gang, National Economic Research Institute, China, und Dr. Heribert Dieter, SWP.

■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG



„DEMOKRATIE – EIN GEWINN FÜR ALLE!“

Unter diesem Motto steht die Wertekampagne des honduranischen Wahlgerichts, die am 14. September unter großer Medienaufmerksamkeit der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Kampagne umfasst Fernseh- und Radiospots, Poster und Aufkleber, in denen „Don Justo“ mit seiner Fußballmannschaft demokratische Spielregeln in die Praxis umsetzt. Durch Werbung für demokratische Werte in der Bevölkerung, vor allem bei jungen Leuten, soll Demokratie als Lebensform in den Ländern Zentralamerikas gestärkt werden.

Die Kampagne geht auf ein gemeinsames Vorhaben der Wahlgerichtshöfe von Costa Rica, Guatemala, Honduras und Panama zurück, das sich aus der Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelt hat. Die Wahlgerichtshöfe übernehmen damit eine neue Rolle in der politischen Bildung und Vermittlung demokratischer Prinzipien.

Bei der Vorstellung des Materials, dessen Erarbeitung auch durch UNDP gefördert wurde, bedankte sich der Präsident des Wahlgerichts, José Saúl Escobar, für den regionalen Austausch und dessen Unterstützung.

Der Leiter des KAS-Auslandsbüros Indonesien, Dr. Jan Wojschnik (Mitte), zusammen mit Irfan Abubakr, Leiter des CSRC und Teilnehmerinnen einer Schulung

PPI-SEMINAR:

INDIGENE AUTONOMIEN UND DEZENTRALISIERUNG

Formen der Dezentralisierung und Gestaltung indigener Autonomien beschäftigen viele Staaten Lateinamerikas. Ein starker Nationalstaat und der Ausbau von indigenen Autonomien scheinen eine natürliche Zielkonkurrenz zu ergeben, die nicht selten zu Konfrontationen führt. Diesem sensiblen Themenkomplex widmeten sich zwei Veranstaltungen des Regionalprojekts „Politische Partizipation Indigener in Lateinamerika“, die am 10. und 11. Oktober in Panama stattfanden.

Die Maßnahmen wurden zusammen mit dem Panamaischen Institut für menschliche und kommunale Entwicklung IPADEHM in der indigenen autonomen Region Ngäbe-Buglés durchgeführt. Experten aus Bolivien, Ecuador, Guatemala, Mexiko und Panama kamen

dort zu einem Erfahrungsaustausch zusammen und diskutierten über mögliche Lösungsansätze im Interesse aller Bevölkerungsgruppen. Ein Gespräch mit den traditionellen Autoritäten von Ngäbe-Buglés erlaubte einen tieferen Einblick in das Leben der Autonomie.



Die geladenen Gäste wurden mit traditionellen Tänzen und Ritualen geehrt.



DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE IN INDONESIA

Indonesische Koranschulen (pesantren) gelten als abgeschlossene Zirkel, zu denen Außenstehende nur schwer Zugang erhalten. Die KAS hat dank ihres langjährigen Partners, dem Center for the Study of Religion and Culture an der Universitas Islam Negeri (UIN), einen Schlüssel zu diesen Institutionen gefunden. Bereits seit Anfang 2009 kann die Stiftung auf diese Weise regelmäßig Schulungen zu den Themen Demokratie und Menschenrechte für Lehrerinnen und Lehrer an Koranschulen in ganz Indonesien anbieten. Bislang haben 270 Schulen aus ganz Indonesien an derartigen KAS-Maßnahmen teilgenommen. Einige der talentiertesten Koranschullehrer sollen ab 2013 im Rahmen eines Alumni-Programms gezielt und intensiv gefördert werden. Auf einem „Inception Workshop“ im September 2012 wurde gemeinsam mit diesen Alumni erarbeitet, welche Art von Förderung sie künftig konkret erhalten sollen, um sich in ihren Schulen möglichst effektiv für Demokratie und Menschenrechte einsetzen zu können.



Teilnehmer der internationalen Konferenz in Yangon, Myanmar

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

REGIONALENTWICKLUNG UND DEZENTRALISIERUNG IN MYANMAR

Die neue Verfassung von Myanmar, die mit der Eröffnung des Parlaments im Januar 2011 in Kraft trat, hat für die politische Ordnung des Landes ein neues System der Dezentralisierung festgeschrieben.

Doch das Wissen und die Erfahrung im Hinblick auf Dezentralisierung sind im Land generell sehr gering. Das gilt auch für Angehörige der nationalen Entscheidungselite. An dem Internationalen Dialog Anfang Oktober 2012 nahmen insgesamt mehr als 70 Personen teil, darunter mehr als 40 Parlamentarier aus regionalen und nationalen Parlamenten Myanmars. Ziel war, Wissen und Erfahrungen aus verschiedenen

Ländern zu Dezentralisierung zu teilen. Der internationale Dialog über Dezentralisierung war eine bislang einzigartige Veranstaltung in Myanmar.

Zum ersten Mal haben die Parlamentspräsidenten der Regionen und ethnischen Staaten gemeinsam an einer Veranstaltung teilgenommen, die von einer ausländischen Institution organisiert wurde. Viele haben sich anscheinend zum ersten Mal systematisch mit dem Thema Dezentralisierung beschäftigt. Bei allen Teilnehmern wurde Bewusstsein für die Thematik und ihre Komplexität geweckt. Alle Redner haben deutlich gemacht, dass Dezentralisierung ein Instrument zur Stärkung nationaler Einheit sein kann.

PERSPEKTIVEN DER ZIVILGESELLSCHAFT IN JORDANIEN

Ein effizientes und demokratisches politisches System muss auf eine starke Zivilgesellschaft zurückgreifen können, welche den politischen Entscheidungsträgern im Land die Interessen des Volkes vermittelt. Unter diesem Motto brachte das KAS-Auslandsbüro in Amman am 16. Juli 2012 Vertreter der jordanischen Zivilgesellschaft und Experten aus dem Bereich der Wirtschaft zu einer Konferenz zusammen, um Jordaniens Hauptentwicklungsziele zu diskutieren und Wege zu finden, effektiver zusammenzuarbeiten.

Die Referenten sprachen Themen wie öffentliche Teilnahme, Meinungsfreiheit, Dezentralisierung, Sicherheit, ökonomische Entwicklung und Bildung an. Die verschiedenen Punkte sind nicht nur ausschlaggebend für

den jordanischen Demokratisierungsprozess, sondern Voraussetzung in der Transformation eines jeden Staates. Zivilgesellschaft sollte die Vorgänge innerhalb eines Staates beobachten und Missstände ansprechen, Workshops und Seminare anbieten, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Missstände zu fördern und mit Entscheidungsträgern zusammenzukommen, um Verbesserungen durchzusetzen.



Dr. Mustafa Nasreddin von der Talal Abu Ghazaleh Organisation

GEGEN DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN IM IRAK

Das KAS-Auslandsbüro in Amman und die Women Empowerment Organisation veranstalteten im Juni 2012 einen gemeinsamen Workshop in Erbil, um irakische NGOs und Experten aus verschiedenen Bereichen darin zu unterstützen, Iraks ersten unabhängigen CEDAW-Schattenbericht zu schreiben und Frauenrechte im Land zu stärken.



CEDAW – eine Konvention zur Eliminierung aller Formen von Diskriminierung gegenüber Frauen wurde 1979 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und 1986 vom Irak unterzeichnet. 2011 verfasste die Regierung ihren ersten Bericht nach dem Sturz des Saddam-Regimes. Zehn Jahre nach dessen Ende ist es nun an der Zeit, dass die Zivilgesellschaft den Inhalt und die Glaubwürdigkeit des Regierungsberichts bewertet. Teilnehmer aus dem ganzen Irak waren trotz der teils nicht ungefährlichen Reise erschienen. Irakische NGOs und Akademiker sowie regionale Experten kamen zusammen, um sich über die Methodik und das Schreiben von CEDAW-Schattenberichten auszutauschen.



RRI-Intendantin Rosarita Niken Widiastuti (Mitte, links neben Paul Linnarz, Leiter des Medienprogramms Asien der KAS) mit Teilnehmern der KAS-Medienkonferenz in Yogyakarta

FÜHRUNGSKRÄFTEKONFERENZ FÜR ASIATISCHE MEDIENVERTRETER IN YOGYAKARTA

Während der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich die Zahl der privaten Radiostationen in Indonesien auf inzwischen fast 800 nahezu verdoppelt. Trotz seiner 7.000 Mitarbeiter und seiner 63 Lokalsender hat das öffentliche „Radio Republik Indonesia“ (RRI) gegen die kommerzielle Konkurrenz einen schweren Stand. Denn obwohl das Rundfunkgesetz aus dem Jahr 2002 die redaktionelle Unabhängigkeit des Veranstalters garantiert, gilt RRI vielen Indonesiern immer noch als „Staatssender“ und Sprachrohr der Regierung. In Yogyakarta unterstrich die RRI-Intendantin Rosarita

Niken Widiastuti beim „Forum of Emerging Leaders in Asian Journalism“ Ende September hingegen die Bedeutung eines öffentlichen Rundfunkangebots für die noch junge indonesische Demokratie. Aber viele Mitarbeiter ihres Senders müssten, so Widiastuti, erst lernen, sich als „redaktionell unabhängig“ zu verstehen. Das „Forum“ wird vom Medienprogramm der KAS jährlich veranstaltet. Es spricht junge Führungskräfte im Medienbereich an. Die Teilnehmer der Konferenz in Yogyakarta kamen aus zehn Ländern der Asien-Pazifik-Region.



KAMPAGNENFORUM 2012 IN BUENOS AIRES

EIN DIALOG ÜBER KAMPAGNEN IN LATEINAMERIKA UND EUROPA

Vom 4. bis 6. Juli hatte das Medienprogramm Lateinamerika zum dritten Mal zu einem Kampagnenforum in Buenos Aires eingeladen. Renommierete Experten, Politikberater und Wahlkampfstrategen aus aller Welt tauschten sich über neue Wahlkampfstrategien, aktuelle Trends der politischen Kommunikation und den Umgang mit neuen Medien in Lateinamerika und Europa aus. Einen Ausblick auf die Bundestagswahl 2013 präsentierten CDU-Experten Dr. Klaus Schüler, Bundesgeschäftsführer, und Dr. Stefan Hennewig, Leiter Internes Management. Unverkennbar blieb, dass beiderseits des Atlantiks die wichtigste Herausforderung darin besteht, Wähler zu mobilisieren und klare verständliche Botschaften zu vermitteln. Ein interkontinentaler Austausch ist dabei von unschätzbarem Wert, um kreative Ideen auszutauschen und zu entwickeln.

KAS-VORSTANDSMITGLIED DIETER ALTHAUS IN TADSCHIKISTAN

Vom 10. bis 14. September 2012 organisierten die KAS und ihr tadschikischer Partner NANSMIT (Nationaler Verein für unabhängige Medien), eine internationale Tagung zur Förderung einer freien Medienlandschaft in Tadschikistan. Eine Expertendelegation der KAS unter Leitung von Dieter Althaus, Ministerpräsident a. D., Vice President Governmental Affairs Magna Europa und Vorstandsmitglied der KAS, reiste dazu nach Duschanbe. Bei der Veranstaltung kam es zu einem Erfahrungsaustausch zwischen tadschikischen und deutschen Medienexperten bezüglich des Umgangs mit Medien in Politik und Wirtschaft, der Rolle von Medien bei der Etablierung des nationalen Selbstbildes und deren Aufgaben und Funktionen als vierte Gewalt.



V.l.: Dieter Althaus (Vorstandsmitglied der KAS), Hamrochon Zarifi (Außenminister Tadschikistans) und Dr. Thomas Kunze (Regionalbeauftragter der KAS in Zentralasien)

Dieter Althaus und Dr. Thomas Kunze, Regionalbeauftragter der KAS für Zentralasien, trafen anschließend den tadschikischen Außenminister Hamrochon Zarifi. Besprochen wurden die regionalen Kooperationsprobleme und die Sicherheitslage in Zentralasien. Zum Schluss besuchte die KAS-Delegation das Wasserkraftwerk Nurek mit dem zurzeit weltweit höchsten Staudamm. Es ist gerade die Wasserkraftthematik, die gegenwärtig die Beziehungen Tadschikistans zu seinen Nachbarn belastet.

MEDIEN IN ARABISCHEN LÄNDERN FEHLT TRANSPARENZ UND UNABHÄNGIGKEIT

Die Rolle der Medien im Arabischen Frühling ist unumstritten groß. In vielen arabischen Ländern haben sie Veränderungen bewirkt. Aber inwiefern helfen sie bei der Gestaltung einer neuen politischen Kultur? Während einer Paneldiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung auf dem Deutsche Welle Global Media Forum am 25. Juni in Bonn haben Experten aus Jordanien, Ägypten, Syrien und Marokko die Rahmenbedingungen der Medien in ihren Ländern unter die Lupe genommen. In Ägypten gäbe es große Mängel in den rechtlichen Rahmenbedingungen und wenig Transparenz hinsichtlich der Medieneigner, erklärte Shahira El Rafei von der Tageszeitung Al Ahram in Kairo.



Experten aus dem Nahen Osten und Nordafrika diskutierten auf dem Global Media Forum die Rolle der Medien für die Gestaltung einer neuen politischen Kultur.

Die staatlichen Medien übten weiter großen Einfluss aus. Außerdem „gibt es in fast jedem arabischen Land ein Mediengesetz, nach dem Journalisten für Beleidigungen jeglicher Art verhaftet werden können“, so El Rafei. Omar Abassi, Politikwissenschaftler aus Marokko, beschrieb hingegen den demokratischen Wandel sowie die Entwicklung der Rolle der Medien in seinem Land als beispielhaft positiv. Am Ende einer lebhaften Diskussion mit ca. 100 Teilnehmern in Bonn lautete eine der vielen Schlussfolgerungen: „Ohne eine freie Gesellschaft wird es nie eine freie Presse geben – und genau darum geht es doch beim Arabischen Frühling“.

MEDIEN ■

„MEDIEN IM KREUZFEUER DES ARABISCHEN FRÜHLINGS – WAS TUN?“

„Immer dabei sein, nie dazu gehören!“, gilt als eine goldene Regel für Journalisten. Jedoch geraten Medienvertreter bei der Ausübung ihrer Pflichten immer wieder ungewollt in Situationen, in denen nicht nur ihre Berichterstattung, sondern auch ihre eigene Sicherheit gefährdet ist. Dieser Herausforderung stellten sich die Konrad-Adenauer-Stiftung, der Internationale Journalisten-Verband sowie die tunesische Journalistengewerkschaft mit der Durchführung eines knapp einwöchigen Workshops zur Sicherheit von Journalisten vom 3. bis 9. Oktober 2012 in Tunis. Die Medienvertreter lernten dabei, wie Einsätze vor dem Hintergrund aktueller Gefahrensituationen zu planen sind und wie sie sich in Konfliktsituationen und Massenaufmärschen, die zu eskalieren drohen, verhalten sollten.



Journalisten im Kreuzfeuer – wie verhält man sich beim Einsatz von Tränengas? Auch das muss gelernt sein!

EIN DIALOG AUF AUGENHÖHE

Seit zwei Jahren ist die KAS E-lection Bridge Africa das Aushängeschild des Medienprogramms Subsahara Afrika. Auf dieser Brücke treffen afrikanische und deutsche Experten der Politischen Kommunikation zusammen, um Erfahrungen und Ansichten über die neuesten Trends der Wahlkampf-Führung auszutauschen. Im September 2012 war die E-lection Bridge nun erstmals in Berlin zu Gast. Dabei wurden auf der einen Seite die schwierigen Rahmenbedingungen für Politische Kommunikation in Afrika, auf der anderen Seite aber auch das beachtliche Innovationspotenzial des Kontinents deutlich. Ein Beispiel ist die Nutzung von Smartphones im Wahlkampf, wodurch sich gerade den Oppositionsparteien neue Möglichkeiten bieten. Auch CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler ließ sich von der Qualität der Politischen Kommunikation in Afrika überzeugen. Er sieht einen „Dialog auf Augenhöhe“ mit äußerst professionell arbeitenden Wahlkämpfern, von denen auch erfahrene Parteien wie die CDU noch etwas lernen könnten.



V.l.n.r.: Conrad Mwanawasha (Chief Press Officer im Büro des Premierministers, Simbabwe), Dr. Klaus Schüler (CDU-Bundesgeschäftsführer), Markus Brauckmann (KAS-Medienprogramm Subsahara-Afrika) und Libolly Haufiku (RDP, Namibia)

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den zentralen Zielen der internationalen Stiftungsarbeit.

■ RECHTSSTAAT

INTERNATIONALES STRAFRECHT IN LATEINAMERIKA

Der Ort der Austragung konnte angesichts der kurz zuvor verkündeten Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-Rebellen nicht passender sein: In der ersten Oktoberwoche 2012 fand in Bogotá das IX. Treffen der Lateinamerikanischen Studiengruppe zum Internationalen Strafrecht statt. Es war zugleich das zehnjährige Jubiläum ihres Bestehens. Die lateinamerikanischen und europäischen Experten aus 16 Ländern versammelten sich auf Einladung der Universidad Javeriana (Dr. Alejandro Aponte, KAS-Altstipendiat) und des KAS-Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika unter der Koordination von Prof. Kai Ambos (Universität Göttingen) und Dr. Ezequiel Marlarino. Das Oberthema war diesmal das „Interamerikanische Menschenrechtssystem und nationales öffentliches Recht: Ergänzungen und Spannungen“.



Die lateinamerikanische Studiengruppe für Internationales Strafrecht in Bogotá am 3. Oktober 2012

Konstante wissenschaftliche Beiträge zu regionalen und globalen rechtspolitischen Fragestellungen

Vor dem Hintergrund der zum Teil sehr kritischen Auseinandersetzung der Studiengruppe mit der Arbeit des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte (IAGMR) nahmen in diesem Jahr auch zwei wissenschaftliche Mitarbeiter des Gerichtshofes teil, um einen direkten Dialog zu den aufgeworfenen Kritikpunkten zu ermöglichen. Zu einem Panel stießen auch Berater des Verhandlungsteams der kolumbianischen Regierung im jüngst begonnenen Friedensprozess hinzu, um mit der Gruppe den völkerrechtlichen Rahmen für die Friedensverhandlungen auszuloten.

Auf den öffentlichen Veranstaltungen in der Universidad Javeriana hatten die Experten Gelegenheit, die Diskussionen u. a. mit dem stv. Generalstaatsanwalt Jorge Perdomo und dem künftigen kolumbianischen Richter des IAGMR, Humberto Sierra Porto, fortzusetzen.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Rechtsstaatsprogramm nimmt Arbeit am neuen Standort Beirut auf.

Anfang Oktober hat mit der Entsendung des Auslandsmitarbeiters Peter Rimmel das Regionale Rechtsstaatsprogramm Nahost/Nordafrika die Arbeit am neuen Standort Beirut, Libanon, aufgenommen. Neben dem Aufbau der notwendigen Projektinfrastruktur sind in den nächsten Monaten erste Veranstaltungen geplant. Das Rechtsstaatsprogramm wird dabei seine Unterstützung vorrangig auf die Rolle des Staates bei der Gestaltung der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen und die Unabhängigkeit der Justiz, insbesondere der Verfassungsgerichte in der Region, konzentrieren. Weitere Themen sind u. a. Religion und Demokratie in Europa und der arabischen Welt und rechtsstaatliche Voraussetzungen für eine Soziale Marktwirtschaft.

Marc Spitzkat, Leiter des KAS-Rechtsstaatsprogramms Asien mit Sitz in Singapur, bei seinem Vortrag am 20. September 2012 in Neu Delhi



DAS DEUTSCHE VERFASSUNGSGERICHT UND DIE EUROPÄISCHE SCHULDENKRISE

Die europäische Schuldenkrise hat in Asien zahlreiche Diskussionen über die Rolle und Effizienz der EU bei der Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit ausgelöst. Ganz wesentlich ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht der EU mit seinen rechtlichen Entscheidungen auf die Krise reagiert hat und wie dies die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit beeinflusst hat.

In diesem Zusammenhang hielt Marc Spitzkat, Leiter des KAS-Rechtsstaatsprogramms in Asien, am 20. September in Neu Delhi einen Vortrag zum Thema „Neueste Entscheidungen des deutschen Verfassungsgerichts im Rahmen der europäischen Schuldenkrise“. Zahlreiche Anwälte am Obersten Gerichtshof sowie Richter und Parlamentsmitglieder nahmen an dem Vortrag teil.



Reinhard Kardinal Marx (untere Reihe, 3.v.l.) im Kreis der Teilnehmer der KAS-CELAM-Konferenz in Quito

WERTE- UND RELIGIONSIALOG ■

KAS ECUADOR BEGEHT 50 JAHRE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT



Konrad Adenauer Stiftung

50 JAHRE ZUSAMMENARBEIT WELTWEIT

Gleich zweimal konnten in Ecuador 50-jährige Jubiläen gefeiert werden: 50 Jahre Internationale Zusammenarbeit der KAS verbanden sich mit 50 Jahren Partnerschaft zwischen der Erzdiözese München-Freising und der ecuadorianischen Bischofskonferenz zu einer internationalen Konferenz, die das KAS-Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik SOPLA und die lateinamerikanische Bischofskonferenz CELAM am 6. und 7. September in Quito organisiert hatten. An der Konferenz, die sich mit Themen rund um die Katholische Soziallehre befasste, nahm neben Bischöfen und Laien aus dem gesamten Kontinent

auch der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, mit seiner Delegation teil. Der Einladung des Landesbüros der KAS in Ecuador zum Konferenz-Empfang folgten neben den internationalen Kirchenvertretern über 100 Persönlichkeiten aus Ecuadors Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien. Die Entwicklung und den heutigen Stellenwert der internationalen Arbeit der KAS beleuchteten sowohl der deutsche Vizebotschafter Ronald Münch wie auch Ex-Staatspräsident Osvaldo Hurtado, der sich in diesem Zusammenhang für die langjährige Kooperation zwischen KAS und den christdemokratischen Kräften in Ecuador bedankte.

INTERNATIONALE BISCHÖFLICHE KONFERENZ IN KINSHASA

Afrikas heutige Herausforderungen im Lichte der katholischen Soziallehre

Im Rahmen der Kooperation mit der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* fand Anfang September 2012 eine regionale Konferenz in Kinshasa zum Thema „Die aktuellen Herausforderungen Afrikas im Lichte der kirchlichen Soziallehre“ statt. Durchgeführt wurde die Konferenz in Zusammenarbeit mit CENCO, der nationalen Bischofskonferenz in der DR Kongo. An der Veranstaltung nahmen über 100 Vertreter verschiedener kirchlicher Organisationen aus verschiedenen afrikanischen Ländern, unter anderem Kardinal Peter Turkson (links im Bild), teil.



Besprochen wurden unter anderem die Enzyklika „*Caritas in Veritate*“, Ökonomie und Entwicklung, Politik und Good Governance, sowie Konzepte zur Friedensförderung in Afrika. In der abschließenden Erklärung wurde insbesondere ein Ende der Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo und in Mali gefordert.



Abgeordnete der Verfassungsgebenden Versammlung stellen sich den kritischen Fragen der Zivilgesellschaft, hier Noomane Fehri (Republikanische Partei)

FREIHEITEN, STAAT UND RELIGION IM TUNESISCHEN VERFASSUNGSENTWURF

Die Erarbeitung einer neuen Verfassung steht derzeit im Zentrum der öffentlichen Diskussion in Tunesien. Die im Oktober 2011 gewählte Nationale Verfassungsgebende Versammlung hat zur Aufgabe, einen auf demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen basierenden Verfassungstext zu erarbeiten. Dabei geht es insbesondere auch um eine Bestimmung des Verhältnisses von Religion und Staat. Die KAS und das Observatorium für Religionen und Freiheiten haben die Veröffentlichung eines ersten Entwurfs der Verfassung zum Anlass genommen, um diesen im Rahmen eines Studientages am 22. September 2012 zum Thema „Freiheiten, Staat und Religion im tunesischen Verfassungsentwurf“ einer kritischen Lektüre zu unterziehen. Abgeordnete, Verfassungsrechtler, Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft plädierten dabei insbesondere für eine klare und unmissverständliche Verankerung der Gleichheit von Mann und Frau sowie für den zivilen Charakter des Staates. Die Empfehlungen fanden ein breites Echo in den Medien und wurden den Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung überreicht.

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

■ NEUIGKEITEN AUS DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER



Dr. Norbert Beckmann-Dierkes

- Leitet seit September das KAS-Büro in Riga
- War zuvor als Länderreferent in der Abteilung Europa/Nordamerika tätig
- Kontakt: norbert.beckmann@kas.de



Dr. Werner Böhler

- Seit August Auslandsmitarbeiter der KAS in Prag
- Von März 2006 bis Juni 2012 leitete er das KAS-Büro in Südafrika
- Kontakt: werner.boehler@kas.de



Dr. Hubert Gehring

- Seit August Leiter des KAS-Auslandsbüros in Kolumbien
- War Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommerns sowie Referatsleiter im Bundeskanzleramt
- Kontakt: hubert.gehring@kas.de



Hildegard Behrendt-Kigozi

- Übernahm im September das KAS-Auslandsbüro Nigeria
- Leitete zuletzt als Landesdirektorin des DED die Programme in Malawi und Jemen
- Kontakt: hildegard.behrendt-kigozi@kas.de



Felix Dane

- Übernahm im September die Leitung des KAS-Auslandsbüros in Brasilien
- Leitete von 2009 bis 2012 das KAS-Büro in den Palästinensischen Gebieten
- Kontakt: felix.dane@kas.de



Marius Glitz

- Wird ab Januar als Trainee im Länderbüro in Südafrika eingesetzt
- Arbeitete davor als Projektassistent der Afrikaabteilung des Malteser Hilfsdienstes
- Kontakt: marius.glitz@kas.de



MITARBEITER-KONFERENZ EUROPA

Die Leiterinnen und Leiter der Auslandsbüros der KAS in Europa und Nordamerika treffen sich einmal im Jahr, um Strategie und Ausrichtung der Stiftungsarbeit in Europa zu beraten. In diesem Jahr fand die Mitarbeiterkonferenz vom 16. bis 19. September in Berlin statt. Zu Beginn wurden die europäische und internationale Arbeit der Stiftung und der Zustand der Europäischen Union diskutiert. Aber auch Aktuelles zu Finanz- und Projektverwaltung standen auf der Tagesordnung, ebenso wie der Stand der Stiftungsarbeit im Bereich „Umwelt, Klima, Energie“, Inlands- und Stipendienprogramme sowie ein Ausblick auf das Wahljahr 2013. Zum Abschluss wandten sich die Konferenzteilnehmer den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen und deren Auswirkung auf die Stiftungsarbeit zu.



Dr. Holger Dix

- Übernahm im August das KAS-Auslandsbüro Südafrika
- War zuvor Leiter des KAS-Auslandsbüros in Rumänien
- Kontakt: holger.dix@kas.de



Dr. Hans Heyn

- Geht im Januar 2013 als Auslandsmitarbeiter für die KAS nach Ramallah
- Seit 2010 als Referent des Generalsekretärs beschäftigt
- Kontakt: hans.heyn@kas.de



Dr. Karsten Dümmel

- Tritt im Dezember seinen Auslandseinsatz in Kenia an
- War seit 2008 Leiter des KAS-Bildungswerks Hamburg
- Kontakt: karsten.duemmel@kas.de



Dr. Michael Lange

- Ist seit September Leiter des KAS-Auslandsbüros in Kroatien
- Leitete zuletzt das Team Politikdialog und Analyse der Hauptabteilung EIZ
- Kontakt: michael.lange@kas.de



Christian Echle

- Leitet seit November das KAS-Medienprogramm Subsahara-Afrika
- Absolvierte seit 2007 für die Stiftung als Online-Redakteur
- Kontakt: christian.echle@kas.de



Jürgen Langen

- Ab Dezember Auslandsmitarbeiter der KAS in Simbabwe
- Zuvor zehn Jahre Generalsekretär der Deutschen Afrika Stiftung e.V.
- Kontakt: juergen.langen@kas.de



Malte Gaier

- Ist seit September als Trainee in Indien eingesetzt
- Absolvierte das KAS-Berufskolleg „Internationale Politik und Wirtschaft“
- Kontakt: malte.gaier@kas.de



Anne Elisabeth Ludwigs

- Ab Januar Trainee im Länderbüro der KAS in Tunesien
- Leitete das Büro des Geschäftsführers des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im BDI
- Kontakt: anne.ludwigs@kas.de

Das Publikum während der Rede von Prof. Dr. Bernhard Vogel zum Thema „Deutschland, Ungarn und Europa“



NEUIGKEITEN AUS DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT ■



Dr. Otmar Oehring

- Wird ab Dezember als Auslandsmitarbeiter für die KAS in Jordanien tätig
- Arbeitete als Leiter der Fachstelle Menschenrechte bei missio
- Kontakt: otmar.oehring@kas.de



Dr. Hardy Ostry

- Leitet seit September das KAS-Auslandsbüro in Tunesien
- Davor als Leiter der Abteilung Afrika/Naher Osten für die KAS tätig
- Kontakt: hardy.ostry@kas.de



Peter Rimmele

- Leitet seit Oktober das neue Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika in Beirut
- Zuvor Leitung des Governance Programms der GIZ in Ruanda
- Kontakt: peter.rimmele@kas.de



Christian Spahr

- Ist seit Oktober Leiter des Medienprogramms in Südosteuropa
- Arbeitete davor als Pressesprecher des Bundesverbandes BITKOM im Bereich Medienpolitik
- Kontakt: christian.spahr@kas.de



Frank Spengler

- Leitet seit September das KAS-Auslandsbüro in Budapest
- War zuletzt stv. Leiter der Hauptabteilung EIZ
- Kontakt: frank.spengler@kas.de



Henning Suhr

- Seit Oktober Leiter des KAS-Büros in Costa Rica
- War zuvor als Länderreferent im Team Afrika/Naher Osten für das südliche Afrika zuständig
- Kontakt: henning.suhr@kas.de

EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN BUDAPEST AUSGEZEICHNET

Am 28. August 2012 besuchte Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D., Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ungarische Hauptstadt Budapest. Begleitet wurde er vom stv. Generalsekretär der Stiftung, Dr. Gerhard Wahlers.

Als Ehrung seiner besonderen Verdienste für die deutsch-ungarischen Beziehungen insbesondere in der Anfangszeit nach der Wende sowie als Anerkennung seiner Freundschaft und Verbundenheit mit dem verstorbenen Ministerpräsidenten József Antall (1990–1993) wurde Prof. Vogel durch Frau Klára Antall, der Witwe des vormaligen Ministerpräsidenten, die zuvor bereits vom Antall-Wissenszentrum an der Corvinus-Universität verliehene Antall-Ehrenmedaille in Anwesenheit der Honoratioren der Universität übergeben.

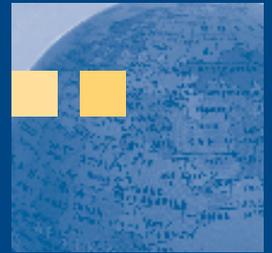
In Anerkennung seiner außerordentlichen Bemühungen der Integration Ungarns in die Europäische Union wurde Prof. Vogel vom ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Viktor Orbán das zuvor vom Ungarischen Staatspräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz der Republik Ungarn in feierlichem Rahmen überreicht. Dies ist die höchste Auszeichnung für einen ausländischen Staatsbürger. An der Zeremonie im ungarischen Parlament nahmen hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft teil.



Ministerpräsident Dr. Viktor Orbán überreicht Prof. Dr. Bernhard Vogel das Große Verdienstkreuz der Republik Ungarn.

Den deutschsprachigen Abschluss des Besuchsprogramms bildete ein Vortrag des Ehrenvorsitzenden an der Andrassy-Universität. In seiner Rede zum Thema „Deutschland, Ungarn und Europa“ würdigte Prof. Vogel die Rolle Ungarns im demokratischen Wandel und verwies auf die Verankerung Ungarns als zutiefst europäisches Land. Er richtete einen Appell an die ungarischen Teilnehmer, im konstruktiven Dialog mit europäischen Partnern die Zukunft des Kontinents zu gestalten.

Im Rahmen des anschließenden Empfangs wurde der langjährige Mitarbeiter der KAS und Minister a. D., Hans Kaiser, verabschiedet. Hans Kaiser hat nach zuletzt sechs Jahren als Vertreter der KAS in Ungarn die Altersgrenze erreicht. Die ungarischen Partner dankten dem scheidenden Auslandsmitarbeiter besonders herzlich für seine vielfältigen Bemühungen und großen Verdiensten, insbesondere hinsichtlich des Ausbaus und der Pflege der vielfältigen deutsch-ungarischen Beziehungen.



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



THE SOCIAL MEDIA (R)EVOLUTION? ASIAN PERSPECTIVES ON NEW MEDIA

„The social media (r)evolution? Asian perspectives on new media“ diskutiert in 13 Einzelbeiträgen die Entwicklungen und Trends der sozialen Medien in Asien. Für die Publikation lud das Medienprogramm Asien elf Alumni des Konrad Adenauer Asian Center for Journalism (ACFJ) an der Ateneo de Manila Universität auf den Philippinen ein, damit sie aus ihrer Sicht die Chancen und Risiken der sozialen Medien im Redaktionsalltag beschreiben.



50 JAHRE FÜR DEMOKRATIE UND FREIHEIT WELTWEIT

Im Juli 2012 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung das 50-jährige Bestehen der internationalen Zusammenarbeit gefeiert. Diese Broschüre gibt einen geschichtlichen Überblick von den Anfängen der internationalen Zusammenarbeit bis in die Gegenwart und legt sowohl die aktuellen wie auch die künftigen Schwerpunkte und Herausforderungen dar. Außerdem erklären wichtige internationale Partner, worin für sie der Wert der Zusammenarbeit mit der KAS besteht.



ISLAMISCHE AKTEURE IN NORDAFRIKA

Durch die Massenproteste in Nordafrika gewannen islamistische Organisationen an politischem und gesellschaftlichem Einfluss. Länderanalysen zu Tunesien, Libyen, Algerien, Marokko und Ägypten ziehen eine vorläufige Bilanz der Entwicklungen seit 2011 und versuchen, die Chancen der besonders aktiven islamistischen Akteure einzuschätzen, auch in Zukunft politisch und gesellschaftlich gestaltend zu wirken.



ANUARIO DE DERECHO CONSTITUCIONAL LATINOAMERICANO

Die 18. Ausgabe des vom Rechtsstaatsprogramm für Lateinamerika herausgegebenen, renommierten Lateinamerikanischen Verfassungsrechtsjahrbuchs enthält unveröffentlichte Beiträge angesehener Autoren aus Lateinamerika und Europa zu aktuellen Entwicklungen des Verfassungs- und Verfassungsprozessrechts, des Grund- und Menschenrechtsschutzes und weiteren Schwerpunktthemen des Rechtsstaatsprogramms.



WELCHE VERFASSUNG FÜR DIE TUNESISCHE REVOLUTION?

Um einen nachhaltigen und originären Beitrag zur aktuellen Debatte um die Erstellung der neuen tunesischen Verfassung zu leisten, haben die KAS und das Observatorium für Religionen und Freiheiten die Textsammlung „Welche Verfassung für die tunesische Revolution?“ herausgegeben. Der Band umfasst und kommentiert sämtliche Verfassungen der tunesischen Geschichte, zurückreichend bis ins 19. Jahrhundert, sowie die Reform-Verfassung Marokkos.



IDD-LAT 2012

Ausgabe 2012 des Demokratieindex-Lateinamerika IDD-Lat, welcher die Demokratieentwicklung in 18 Ländern der Region mittels quantitativer und qualitativer Kriterien vergleichend analysiert und in einem Ranking zusammenfasst.